

22. FEB. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/35

Bonn, den 19. Februar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Erwägungen über die "Ehemaligen"

95

Verständnis für Mitläufer - Unversöhnlich gegenüber den Schuldigen

Von Ernst Paul, MdB

3 - 4

Nicht reden, handeln!

47

Deutsche Mädchen au pair in Paris

Von Dr. Waldemar Ritter

4

Sprichbeutelei

24

Höcherl und die Sportförderung

5 - 6

Das verfluchte 7. Jahr

68

Kuba zwischen Wahn und Wirklichkeit

Von Helmut F. Bärwald

*

*

Erwägung über die "Ehemaligen"

Verständnis für Mitläufer -- Unversöhnlich gegenüber den Schuldigen
Von Ernst Paul, MdB

Vor kurzem habe ich öffentlich eine Verlängerung der Verjährungsfrist für Nazi-Mordtaten befürwortet. Ich erklärte, daß diese Frage nicht nach - übrigens fragwürdigen - juristischen, sondern nach politischen und moralischen Gesichtspunkten beurteilt werden muß. Morde, die von den Henkersknechten eines fluchbeladenen Regimes aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen begangen worden sind, können nicht verjähren. Es ist ein Akt der Selbstreinigung des deutschen Volkes, zu verhindern, daß nach dem Stichtag des 8. Mai Mörder unter uns frei herumlaufen und die Schwäche und Nachsicht der Demokratie verspotten dürfen, wobei kein Unterschied zwischen intellektuell Schuldigen und Vollstreckern ihrer Weisungen gemacht werden sollte.

Ein klarer Standpunkt in der einen Sache fordert Nachdenken in einer anderen. Unter uns leben Millionen "Mitläufer" oder "Minderbelastete", jene, die von einem nicht von uns erfundenen Schema eingestuft und milde bestraft worden sind. "Mitläufer" waren 20 bis 30 Prozent des deutschen Volkes vor 1933 - nachher waren es erheblich mehr. Der Prozentsatz der "Minderbelasteten" ist nur zu schätzen. Was soll mit diesen deutschen Menschen geschehen? Sie sind im vollen Besitze ihrer bürgerlichen Rechte, sind Wähler oder Gewählte, Wirtschaftsführer oder Neu-Europäer, Professoren oder Publizisten. Sie leben unter uns und entscheiden mit uns über die Zukunft des deutschen Volkes. Welche Haltung sollen jene, die immer "Antinazisten" gewesen sind und ihre Gesinnungsfestigkeit bitter büßen mußten, gegenüber den "Irrrenden" einnehmen?

Kürzlich hatte ich ein Gespräch mit einem aufgeweckten Oberschüler. Seine Frage: "Wie konnte Hitler, ein offenkundig krankhaft belasteter Mann, im deutschen Volke eine solche Macht gewinnen?" Keine Antwort: "Weil damals das deutsche Volk krank gewesen ist!"

Nun - jeder Historiker, aber auch jeder Zeitgenosse wird bestätigen, daß zwischen 1918 und 1933 keine normalen Verhältnisse geherrscht haben. Ein großer Teil des deutschen Volkes verachtete die Demokratie und ihren Präsidenten, den ehemaligen Sattlergesellen Friedrich Ebert. Die Linksextremisten ließen an der Demokratie ebenso wenig ein gutes Haar wie jene von der extremen Rechten. Weiße Schichten des Bürgertums rümpften die Nase über die "Parvenis", die nun, nachdem Kaiser und Generale versagt hatten, das deutsche Schicksal zum Guten wenden wollten.

Die Demokratie - das war in den Jahren 1919 bis 1923 für viele Staatsbürger gleichbedeutend mit Inflation. Dann kam eine kurze Zeit wirtschaftlicher Stabilität und des Aufschwungs. Aber 1929 erschütterte die Wirtschaftskrise die Welt; was anderswo einem Schnupfen gleichkam, entwickelte sich in Deutschland zu einer Lungenentzündung. Das deutsche Volk war krank geworden und diese Krankheit erfaßte auch viele der treuen Gefolgsleute der Demokratie: die Arbeiterschaft.

Das größte Elend, die größte Krankheit am Geist herrschte an den deutschen Universitäten und Hochschulen. Wo waren da die politisch-demokratischen Lehrer? Walter Koltz, später geehrter Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, erzählte mir in jenen Jah-

ren, daß - Ehre wem Ehre gebührt - die Universität Bonn die demokratischste in Deutschland sei. Aber auch diese Universität scheute sich nicht, einem Thomas Mann 1936 die Ehrendoktorschaft abzusprechen. An der Technischen Hochschule Hannover wurde der mächtige Professor Theodor Lessing ausgepiffen. In Wien erzog Professor Othmar Spann eine ganze Generation österreichischer, sudetendeutscher und ostdeutscher Studenten im Geiste seiner Ideologie des Ständestaates. Abseits stand eine intellektuelle Minderheit, das Häuflein der Sozialisten und Juden. Daß in den Nachfolgestaaten bei den Nachbarvölkern eine neue Herrenvolksideologie Raum gewonnen hatte und keinen deutschen Studierenden eine Existenz ermöglichte, sei nur am Rande erwähnt.

Soll ich nun noch auf das Versagen der europäischen und der westlichen Demokratien verweisen? Niemand liebte Hitler, aber daß er die verhaßten Sozialdemokraten schwächte, war so mancher Bürgerpartei anderer Länder zumindest nicht unangenehm.

Wer vor 1933 ein Intellektueller von 25 Jahren war, schlidderte in den Nazismus hinein. Nach Hitlers Machtergreifung war die Gleichschaltung für jene, die nicht die harte Zeit der Emigration auf sich nehmen wollten oder konnten oder im KZ sterben wollten, eine Ausweichstellung mit dem Ziele der Selbsterhaltung. Andere, vor allem junge Menschen, erlagen dem Sog der Macht. Manche mögen auch aus einem falsch verstandenen Idealismus, weil sie an einen "nationalen Sozialismus", an eine Volksgemeinschaft glaubten, freiwillig mitmarschiert sein. Wieviele unterwarfen sich dem Terror?

Als sie hinter dem glatten Gesicht des Nationalsozialismus die Fratze der Brutalität erkannten, sind viele in den Dienst bei der Wehrmacht geflüchtet. Sie zogen in den Krieg und ein großer Teil büßte seinen Irrtum mit dem Leben. Es waren die Schlechtesten nicht. Andere kehrten aus Krieg und Gefangenschaft in ein zerstörtes, verarmtes und geteiltes Vaterland zurück. "Nie mehr in eine Partei" - das war ihre Parole.

Wir sollten endlich den Mut haben, die Schafe von den Böcken, die Hauptschuldigen von den Unschuldigen oder Geringschuldigen zu trennen. Wer irrte, sollte die Möglichkeit haben, seinen Fehler gutzumachen. Wir sollten solchen Deutschen dabei helfen.

Voraussetzung ist, daß sie uns die Wahrheit sagen. Es ist peinlich, immer wieder von der Zweckpropaganda des Ostens erfahren zu müssen, der oder jener sei ein "Ehemaliger" gewesen. Es ist keine Schande, zu bekennen, geirrt zu haben und es ist ehrenvoll, zu lernen und sich in einer demokratischen Aufgabe zu bewähren. Die Demokratie wäre schwächer, als sie wirklich ist, wenn sie nicht imstande wäre, Demokraten zu gewinnen und einst Irrende zu überzeugen.

Was hier gesagt wird, soll nichts beschönigen oder verkleistern. Es ist nicht Ausdruck eines Versöhnlertums gegenüber den Unbelehrbaren oder aber auch nur gegenüber jenen "alten Kameraden", die an Stammtischen vergangenen "großen Zeiten" nachtrauern. Aber gerade jene, die blutbespritzten Schuldigen gegenüber unverhältnißvoll sind, sollten unter den gebüßten Vergehen fehlgeleiteter Menschen einen Schlußstrich ziehen.

Nicht reden, handeln!

Deutsche Mädchen au pair in Paris

Von Dr. Waldemar Ritter

6.000 junge deutsche "Haustöchter" oder "au pair-Mädchen" leben in Paris. Nicht immer wissen sie, was sie dort wollen und was sie dort erwartet. Sehr oft haben sie Schwierigkeiten und suchen Hilfe. Aber bis heute gibt es keine neutrale Stelle, an die sich diese jungen Mädchen wenden können. Keine Stelle, bei der sie Rat und Hilfe finden, keine Stelle, die ihre persönliche und gesellschaftliche Isolierung zu überbrücken vermag.

Wenn diese Mädchen dennoch ihren Aufenthalt in einem fremden Land meistern, dann verdienen sie nicht beckenmesserhafte Kritik, sondern unser aller Unterstützung. Denn 6.000 junge Menschen in Paris sind 6.000 Botschafter unseres Landes, im guten und im schlechten Sinne wird ihr Verhalten als deutsches Verhalten gewertet. Wir müssen deshalb sowohl im Interesse dieser jungen Menschen, als auch im Interesse der Begegnung zwischen zwei Völkern das Notwendige tun, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, einen unbefriedigenden Zustand sich selbst zu überlassen.

Im Rahmen des Deutsch-französischen Jugendwerks sind im letzten Jahr 135.000 junge Deutsche für 20 Millionen DM zu Jugendbegegnungen nach Frankreich gefahren. Das ist eine gute Sache und es dient der Verständigung, der Aussöhnung zwischen den Völkern Frankreichs und Deutschlands. Aber es ist ungerechtfertigt, mit diesen 20 Millionen DM nur die allgemeinen Jugendbegegnungen und dergleichen zu fördern und dabei diejenigen zu vergessen, die ohne Zuhilfenahme einer Organisation oder Institution das Wagnis zu einer Begegnung mit Frankreich aus eigenem persönlichem Entschluß auf sich genommen haben. Zählt man die Tage des Aufenthalts in Frankreich der 6.000 Mädchen und der 135.000 Jugendlichen zusammen, dann wird die Aufenthaltsdauer der 6.000 die der 135.000 weit übersteigen. Aber nicht die Quantität ist bedeutungsvoll, sondern die Tatsache, daß diese Mädchen einmal von Frankreich wieder zurückgekehrt, mit einem tieferen Verständnis die Probleme der Menschen und die Natur des anderen Landes erkannt haben und dadurch zur Verständigung der beiden Länder beitragen.

Mit wenigen Mitteln könnte hier geholfen werden. Und es wäre insbesondere eine Aufgabe des Deutsch-französischen Jugendwerks, das sich ja die Verständigung der beiden Völker zum Ziele gesetzt hat, gerade

auch auf diesem Sektor tätig zu werden.

Freilich, es gibt bereits mindestens sechs verschiedene Stellen, die sich mit mehr oder weniger Erfolg um die "au-pair-Mädchen" bemühen. Aber bis heute gibt es noch keine neutrale Stelle, zu der alle diese Mädchen hingehen wollen. Und es gibt überhaupt keine Stelle und auch keine spezielle Empfangseinrichtung, wo diese Mädchen bei Tag und bei Nacht mit ihren manchmal durchaus nur kleinen Nöten Rat und Hilfe finden können.

Es nutzt nicht viel, wenn sporadisch die Öffentlichkeit mit diesem Problem nur dann konfrontiert wird, wenn z. B. nur über den Mord an einer jungen Berliner in einem eleganten Wohnviertel in Paris berichtet wird. Worauf es ankommt, ist die Betreuung und die Hilfe für diese Mädchen. Desto schneller man handelt, desto besser wird das Problem gelöst werden.

+ * +

Sprichbeutelei

Höcherl und die Sportförderung

M.S. - Den zusätzlichen Sportförderungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion, die Mittel für die Spitzenfinanzierung des Turn- und Sportstättenbaues von 36 auf 50 Millionen DM zu erhöhen, haben die Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Das geschah, obwohl der Innenminister Höcherl landauf landab der Sportwelt weismachen will, wie tatkräftig die Bundesregierung den Sport finanziell unterstützt. Es ist leider Tatsache, daß der Bund mit seinen Verpflichtungen zur Verwirklichung des "Goldenen Planes" seit Jahren im Rückstand liegt. Schon 1964 hatte der Bund 84 Millionen DM für die Spitzenfinanzierung der Turn- und Sportstätten zur Verfügung stellen müssen. Jetzt sind aber erst 36 Millionen DM im Bundeshaushalt vorgesehen. Durch die negative Abstimmung der Koalitionsparteien werden in diesem Haushaltsjahr sogar weniger Gelder für die Spitzenfinanzierung von Turn- und Sportstätten als im Vorjahr vorhanden sein. Die bewilligten 36 Millionen DM unterliegen nämlich einer 27-prozentigen Kürzung, um den Gesamthaushalt 1965 mit auszugleichen.

Unter Kenntnis dieser Tatsache entpuppen sich die sportfreundlichen Reden des Innenministers Höcherl nach dieser erstaunlichen reduzierten Sportförderung im Endeffekt als "ausgemachte Sprichbeutelei".

Es ist unter diesen Umständen schwer vorstellbar, daß die angesagten Besuche der Bundesminister auf den großen sportlichen Schauplätzen von dem erwartungsvollen sportlichen Publikum in Zukunft noch mit Beifall begrüßt werden.

+ * +

Das verflixte 7. Jahr

Kuba zwischen Wahn und Wirklichkeit

Von Helmut F. Bärwald

"1964 war ein hervorragendes Jahr; hervorragend auf allen Gebieten!" In einer Rede voller Prohlereien, Widersprüche und maßloser Selbstüberschätzung versuchte der kubanische Regierungschef Fidel Castro Erfolge aufzuzeigen, die gar nicht vorhanden sind und auch gar nicht vorhanden sein können. Anfang Januar begann für die Zuckerinsel im karibischen Meer das 7. Jahr der Castro-Ära und damit auch das 7. Jahr völlig falsch verstandener und angepackter wirtschaftlicher Experimente. Analysiert man gründlich die von der Insel kommenden Nachrichten und Berichte und entfernt man alle polemischen Deutungen daraus, das Bild über Kuba und besonders über seine wirtschaftliche Lage bleibt noch düster genug. Bereits die ersten sieben Wochen des 7. Jahres Castro'scher Experimente zeigen deutlich: Es steht schlimm um Kubas Wirtschaft.

Kubas Devisenbestand ist in den letzten Monaten rapide eingeschrumpft. So mußten auch den kubanischen Botschaften einschneidende Sparmaßnahmen befohlen werden, die von der Kürzung der Botschaftsgelöhner bis zur Rückrufung von Botschaftsangestellten reichen. Berechnungen im amerikanischen Außenministerium ergeben, daß Kuba Ende 1963 über einen Devisenbestand im Gegenwert von ca. 75 Millionen US-Dollar verfügt haben muß. Ende 1964 sollen es nur noch etwas mehr als 25 Millionen US-Dollar gewesen sein.

In maßloser Selbstüberschätzung versprach Castro nach seiner Machtübernahme eine schnelle Industrialisierung des Landes, ohne die eigentliche Stärke Kubas, die Landwirtschaft, in richtigem Maße in seine Pläne einzubeziehen. Die Fehler schlechter Experimente, die bis jetzt nur wirtschaftliche Trugbilder hervorbrachten, rückten sich bitter, als der Weltmarktpreis für Zucker im Januar 1965 auf den vierten Teil des Standes vom Januar 1964 fiel. Dieser Vorgang schlug selbst beim "großen Bruder" in Moskau Wellen, die für Kuba zu gefährlichen Brechern werden können.

Moskau erwägt Disengagements

Die Sowjets empfinden die Kuba gegenüber eingegangene Verpflichtung, bis zum Jahre 1970 6 Cent für jedes Pound (ca. 0,45 kg) abgenommenen Zucker zu zahlen (Weltmarktpreis zur Zeit 2,5 Cent pro Pound) als wachsende Bürde, zumal die Sowjetunion nach der beträchtlich über

dem Plansoll liegenden Zuckerrübenenernte im Jahre 1964 so gut wie keinen Importbedarf an Zucker mehr hat. Bereits nach dem Sturz Chruschtschows, dem nicht zuletzt auch ein Versagen in der Kubapolitik vorgeworfen wurde, begannen die neuen Sowjetführer mit Billigung des Ministerpräsidenten Kossygin nach Wegen zu suchen, sich Kuba gegenüber zumindestens von einigen früher eingegangenen Verpflichtungen freizumachen. Politische Beobachter in Moskau deuten auf die Möglichkeit hin, daß sich die Sowjetunion nach einem anscheinend für März geplanten ZK-Plenum der KPdSU offiziell von einigen wirtschaftlichen Abmachungen mit der Castro-Regierung "entpflichten" wird.

"Das ist Kuba nicht wert!"

Diese Schritte kämen nicht überraschend. Kuba kostet zur Zeit dem Ostblock 2 Milliarden Dollar jährlich. Dazu bemerkte Kossygin Ende vergangenen Jahres in bemerkenswerter Offenheit: Das ist viel mehr, als es wert ist! Im Sommer 1964 hatte einer der führenden Wirtschaftsexperten der CSR, Rudolf Selucky, Kuba besucht und die Wirtschaft des Landes studiert. In seinen veröffentlichten Berichten steht der Kuba kritisierende und die Ostblockländer ermahnende Satz: "Es geht eindeutig über die Kräfte des Friedenslagers hinaus, den fahruntfähigen Karren der kubanischen Wirtschaft in Gang zu halten."

Götterdämmerung?

Fidel Castro aber erklärte in gefährlicher Überheblichkeit: "Die Einnahme ausländischer Valuta ist wichtig, aber nicht entscheidend!" und: "Wenn uns die Imperialisten auch die uneigennützigste Hilfe anbieten, wir werden ihnen mit "nein" antworten!". Der Leidtragende des in eine Sackgasse geratenen Experimentes, einen "kubanischen Sozialismus" aufzubauen - der sich sehr bald als Konglomerat aus unverdauten kommunistischen Halbwahrheiten sowjetischer, rotchinesischer und Castro'scher Provenienz entpuppte - ist das kubanische Volk. Gute Kenner des Landes und des Mannes Fidel Castro vergleichen die jetzige Situation in Kuba mit der "Götterdämmerungs-Szenerie, in der Hitler Anfang 1945 sein "alles oder nichts" verkündete. Man kann diesem Vergleich zustimmen, wenn man hört, daß Castro das kubanische Volk auffordert, bereit zu sein, völlig allein zu stehen, denn: "Für Revolutionäre kommt keine Hilfe von aussen. Wenn sie fallen, dann fallen sie ohne zu klagen!" Ob das kubanische Volk diese Auffassung teilt? Es gibt genügend Anzeichen dafür, daß dem nicht so ist.